

Gegenöffentlichkeiten im Internet

kommunikation.medien
Open-Access-Journal
für den wissenschaftlichen Nachwuchs
ISSN 2227-7277
8. Ausgabe / 2017
<http://www.kommunikation-medien.at>

Das Demokratiepotenzial des Web 2.0 im Kontext des Medienwandels am Beispiel von Frauen-Anliegen



Susanne Kliemann

Abstract

Das Internet fördert die Bildung von Gegenöffentlichkeiten, die es Gruppen ermöglichen, ihre Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen und von herrschenden Diskursen der hegemonialen Öffentlichkeit abzugrenzen. Für die Gender Studies sind Gegenöffentlichkeiten ein wichtiger Ort, um gesehen und gehört zu werden. Dies geschieht durch die neuen Möglichkeiten der Partizipation, durch schneller erreichbare Informationen und durch zeitlich und räumlich losgelöste Kommunikation. Ziel des Beitrags ist es, das Potenzial des Internets für Gegenöffentlichkeiten im Kontext des Medienwandels zu diskutieren.

Keywords

Medienwandel, Social Media, Öffentlichkeiten, Gegenöffentlichkeiten, Gender Studies, Demokratie

1. Einleitung

Die Autorin und Künstlerin Rupi Kaur veröffentlichte 2015 ein Bild auf Instagram, auf dem sie und ein kleiner Fleck Menstruationsblut zu sehen war. Instagram entfernte das Bild darauf von der Seite (vgl. Valenti 2015: o.S.). Gleiches passiert auf Instagram und auf Facebook mit Bildern, auf denen weibliche Brustwarzen zu sehen sind, auch wenn diese in einem nicht sexuellen Kontext wie zum Beispiel beim Stillen gezeigt werden – das gilt jedoch nicht für männliche Brustwarzen. Nun stellt sich die Frage, wieso Frauen auch im Social Media

Kontext benachteiligt werden, wie sie ihre Anliegen wie alltägliche Dinge wie Menstruation oder auch politische Anliegen darstellen können, wie sie sich Gehör verschaffen können? Ist das Internet ein Ort der Hegemonie oder haben auch Minderheiten die Möglichkeit, ihre Interessen zu kommunizieren? Gender Studies plädieren für einen weiten Politikbegriff und sehen für eine Demokratie auch populäre, nicht politische Kommunikation als wichtig an (vgl. Drücke 2013a: 23). Somit kann man wie die der Künstlerin Rupi Kaur auch als politisch betrachten, da sie soziale Netzwerke wie Instagram dazu nutzt, auf Dinge aufmerksam zu machen. Damit fördert sie auch die Möglichkeit, eine Diskussion unter dem Foto zu führen, die zum den Austausch verschiedener Meinungen führt, was wiederum essentiell für Demokratie ist.

Im Zuge dieser Überlegungen soll in diesem Paper durch kritische Aufarbeitung der Literatur folgende Frage beantwortet werden: Wie hat sich die Herstellung von Öffentlichkeit im Kontext des Medienwandels verändert und wie können Frauen (feministische) Anliegen in der im Internet erzeugten (Gegen-)Öffentlichkeit darstellen und diskutieren?

Im Zuge dieser Arbeit werden die Themen Internet, Herstellung von Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeiten und damit das Demokratiepotenzial neuerer Onlinemedien sowie die Gender Studies miteinander verknüpft. Frauen-Anliegen und Frauenpolitik sind Teil des Feminismus, der sich unter anderem für Gleichberechtigung von Mann und Frau und gegen Sexismus einsetzt. Die Frage nach der Schaffung von (Gegen-)Öffentlichkeiten die Frage nach dem Demokratie-Potenzial des Internets ist nicht nur von kommunikationswissenschaftlicher, sondern auch von gesellschaftlicher Relevanz. Soziale Medien sind in der heutigen Zeit ein wichtiger Raum, um Öffentlichkeit herzustellen. Neue Medien sind ein Forschungsbereich der Kommunikationswissenschaft, der sich durch die schnelle Entwicklung ständig wandelt und der neue Forschungsmöglichkeiten eröffnet. Die Bedeutung der Geschlechterforschung für die Kommunikationswissenschaft bringt Klaus (2005: 28) auf den Punkt:

Geschlechterforschung ist immer schon mit dem Ziel angetreten, nicht nur blinde Flecken der Wissenschaft zu beseitigen, sondern auch die Kriterien und Vorgehensweisen einer weitgehend durch Männer geprägten Wissenschaft und Forschung zu kritisieren, zu beeinflussen und zu verändern. Dieser Anspruch wird heute deutlicher eingeklagt, denn die Ergebnisse der Geschlechterforschung in der Kommunikationswissenschaft sind in vielfacher Hinsicht auch für das gesamte Fach von Bedeutung [...].

Im zweiten Kapitel wird auf den theoretischen Hintergrund der politischen Öffentlichkeit von Habermas und die Kritik Frasers daran, sowie auf das Konzept Doing Gender der Gender Studies eingegangen. Im dritten Kapitel wird das Internet zur Herstellung von Öffentlichkeit diskutiert, wie sich die Herstellung von Öffentlichkeit im Laufe des Medienwandels entwi-

ckelt und verändert hat, welches Demokratiepotenzial es besitzt und anschließend wir das Thema aus einer feministischen Perspektive betrachtet.

2. Theoretischer Hintergrund

Der theoretische Hintergrund dieses Papers beruht auf dem Habermas'schen Öffentlichkeitsmodell und die Erweiterung dieses Modells von Fraser. Fraser erweitert die politische Öffentlichkeit um Gegenöffentlichkeiten und bezieht somit nicht nur die hegemoniale Gruppe mit ein. Zudem wird in diesem Kapitel auf das Konzept des Doing Gender eingegangen.

2.1 Habermas'sches Öffentlichkeitsmodell und die Rolle der Medien

Habermas geht in seinem Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962) auf die bürgerliche Öffentlichkeit ein und wie diese ein Ausgangspunkt für westeuropäische Demokratien ist. Der Wissenschaftler sieht die Öffentlichkeit neben der Privatsphäre als Teil der Lebenswelt. Diese wird durch kommunikatives Handeln erzeugt, ein zentraler Sektor der Lebenswelt ist die deliberative, politische Öffentlichkeit (vgl. Drüecke 2013a: 85ff). Öffentlichkeit (Public Sphere) ist ein normativer Idealtypus, in der durch herrschaftsfreie Kommunikation und durch Deliberation aller Bürgerinnen und Bürger Demokratie ermöglicht wird (vgl. Drüecke 2013a: 86). Habermas sieht einen Strukturwandel der Öffentlichkeit, in der die bürgerliche Öffentlichkeit zum Selbstzweck kommerziell fixierter Verbraucherhaltung wurde (vgl. Drüecke 2013a: 86). Die Öffentlichkeit, als ein Raum ohne hegemoniale Zwänge wird durch Kommerzialisierung und durch die Durchsetzung von Privatinteressen bedroht, da diese wiederum Zwänge durchsetzen wollen. In einer deliberativen Demokratie sollen Bürger und Bürgerinnen so lange einen Diskurs führen, bis ein gemeinsamer Konsens gefunden wurde (vgl. Strömbäck 2015: 336). Diese Diskussionen sollten Teil des täglichen Lebens sein und in allen Bereichen wie zum Beispiel Politik, Medien, Alltag stattfinden (vgl. Strömbäck 2015: 336f.).

Für das Funktionieren der Demokratie spielen Medien eine wichtige Rolle: „Democracy can never become more deliberative without the active participation of media and journalism“ (Strömbäck 2015: 340). Massenmedien haben Verpflichtungen aufgrund ihres journalistischen Auftrags, diesem können sie sich jedoch nicht konfliktfrei entziehen. In der deliberativen Form sollen sie die Bürgerinnen und Bürger mobilisieren, gleichzeitig sollen diese über aktuelle Geschehnisse informiert werden (vgl. Strömbäck 2015: 340). Zudem ist das Framing wichtig – Medien soll Politik als ein ständiger Prozess des Problemlösens darstellen –, keine Personen(-gruppen) sollen ausgeschlossen und Diskussionen zwischen den Bürgerinnen und

Bürgern sollen gefördert werden (vgl. Strömbäck 2015: 340f.). Habermas beurteilt das Internet als neues Medium und seine Rolle in der Demokratie skeptisch und sieht dadurch eine Verstärkung der Ungleichheiten (vgl. Drücke/Klaus 2016: 9).

2.2 Subalterne Gegenöffentlichkeiten

Fraser (2001) kritisiert an Habermas, dass er Frauen in seiner Perspektive vernachlässigt, dies hat er jedoch in den neueren Ausgaben (erstmalig in der Neuausgabe von Strukturwandels der Öffentlichkeit 1990) korrigiert und bezieht in neuen Beiträgen inzwischen auch verschiedene Interessensgruppen ein (vgl. Drücke/Klaus 2016: 8). Fraser sieht Öffentlichkeit als einen Prozess des Ringens um verschiedene Positionen, weswegen es viele subalterne Öffentlichkeiten gibt (vgl. Drücke/Winker 2005: 41f.). Dieser Prozess ist – bedingt durch soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Veränderungen – ständig in Bewegung (vgl. Drücke/Klaus 2016: 23). Fraser (2001: 129) definiert subalterne Gegenöffentlichkeiten als

parallele diskursive Räume [...], in denen Angehörige untergeordneter sozialer Gruppen Gegen Diskurse erfinden und in den Umlauf setzen, die ihnen wiederum erlauben, oppositionelle Interpretationen ihrer Identität, Interessen und Bedürfnisse zu formulieren.

Damit kommt Fraser von Öffentlichkeit als Herrschaftssphäre, die den gesellschaftlichen Eliten vorbehalten ist, ab. Subalterne Öffentlichkeiten sind damit der Gegenentwurf zu hegemonialen Öffentlichkeiten (vgl. Drücke/Winker 2005: 42). Für Fraser fördert der Diskurs zahlreiche Gegenöffentlichkeiten, die nebeneinander existieren können und eine Brückenfunktion zwischen Bürgerinnen bzw. Bürgern und dominanter Öffentlichkeit haben (vgl. Drücke/Klaus 2016: 23). Der Diskurs unterscheidet Öffentlichkeit vom Staat – Öffentlichkeit ist ein Ort, an dem Diskurse hervorgebracht und verbreitet werden (vgl. Drücke 2013a: 90). Somit erweitert Fraser das Habermas'sche Öffentlichkeitsmodell. Gäbe es nur eine Öffentlichkeit, so würden marginalisierte Gruppen keine Öffentlichkeit haben, in der sie sich austauschen könnten (vgl. Drücke 2013a: 90).

2.3 Doing Gender

Das Paper beruht zudem auf dem Ansatz des Doing Gender. Doing Gender geht davon aus, dass Geschlecht erst durch alltägliches Handeln hergestellt und Geschlecht somit nicht durch bestimmte Merkmale bestimmt, sondern durch einen sozialen Prozess ständig reproduziert wird (vgl. Lünenborg/Maier 2013: 21 und Gildemeister 2010: 137). Das heißt infolgedessen, dass Geschlecht eine Konstruktion ist, welches durch Interaktion und soziale Praxen entsteht (vgl. Villa 2008: 148). West und Zimmerman (1987: 14; Übersetzung in Gildemeister/Wetterer 1992: 237; zit. nach Gildemeister 2010: 137) entwickelten dieses Konzept 1987

und betonen dabei, dass Geschlecht keine Eigenschaft von einer Person ist, sondern es erst in sozialen Handlungen entsteht. Doing Gender sieht Geschlecht als Folge von Verhaltensweisen, anders als dem klassischen sex-gender-Modell gegenüber, das Verhaltensweisen als Folge von Geschlecht sieht. Das Handeln und die Verhaltensweisen sind ausschlaggebend für die Bildung von Geschlecht: „Erst diese im ‚doing gender‘ gebündelten Prozesse machen etwa die Gebärfähigkeit von Frauen zur Grundlage eines separierten und tendenziell benachteiligten Status – und nicht umgekehrt“ (Gildemeister 2010: 137). Alles in allem lässt sich das Konzept Gen-der gut in einem Zitat zusammenfassen: „Gender is both something we do and something we think with, both a set of social practices and a system of cultural meaning.“ (Rakow 1989: 19). Das Konzept ‚Doing Gender‘ ist für die Forschungsfrage von Wichtigkeit und bildet eine Basis für weitere Überlegungen, da auch im Internet, bei der Herstellung von Öffentlichkeit dieses Konzept wirkt. Die Frage, ob man im Internet körperlos diskutieren kann und ob das bipolare Geschlechterverhältnis im Internet aufgelöst wird, wird kontrovers diskutiert (vgl. Kampmann 2013: 48). Ich gehe jedoch in diesem Paper davon aus, dass auch im Internet Geschlechter durch soziale Praktiken entstehen und es sich darum die Frage stellt, wie Frauen ihre Anliegen im Internet darstellen können.

3. Das Internet zur Herstellung von (Gegen-)Öffentlichkeiten im Kontext des Medienwandels

Dieses Kapitel gliedert sich in drei Teile. Zuerst werden die neuen Möglichkeiten und Veränderungen, die durch die neuen Medien und den Medienwandel entstehen, allgemein diskutiert. Anschließend wird auf das Demokratiepotezial des Internets eingegangen. Im dritten Unterkapitel werden die zuvor getroffenen Aussagen auf dem Feld feministischer Öffentlichkeiten noch einmal exemplifiziert.

3.1 Neue Möglichkeiten durch neue Medien – Veränderungen durch den Medienwandel

Politische Kommunikation wurde in Prä-Internet-Zeiten meist als Kommunikation zwischen den politischen Institutionen und der Öffentlichkeit gesehen, nun stellt sich die Frage nach Bildung der Öffentlichkeit(en) im Internet (vgl. Drücke 2013a: 13). Das Internet ermöglicht die Erschließung von Öffentlichkeiten, die zuvor entweder räumlich oder bezüglich der Reichweite beschränkt waren (vgl. Nuernbergk 2013: 158). Da es sich bei den Öffentlichkeiten nicht um massenmediale und national begrenzte handelt, verändert sich damit auch die Möglichkeiten der Partizipation beziehungsweise der Sichtbarmachung der Anliegen (vgl.

Drüecke 2013b: 100). Im Kontrast zu traditionellen Medien haben ‚Networked Media‘ das Potenzial, die kommunikativen Machtbeziehungen umzugestalten (vgl. Loader/Mercea 2012: 3). Bürgerinnen und Bürger haben es leichter, die monopolistische Kontrolle der Medienproduktion und Verbreitung aufzubrechen und herauszufordern (vgl. ebenda). Plake, Jansen und Schuhmacher (2001: 72) bemerken: „Offensichtlich ist das Internet für die Konstitution von Gegenöffentlichkeit von Bedeutung, weil mit ihm eine Kommunikationsbasis zur Verfügung gestellt wird, die nicht nur kostengünstig ist, sondern eine weit gestreute Distribution von Nachrichten und Meinungen ermöglicht.“ Im Internet lassen sich für die verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit kommunikative Foren beziehungsweise Orte finden (vgl. Drüecke 2013b: 100).

Plake, Jansen und Schuhmacher (2001: 49ff.) nennen vier Punkte, in denen sich Herstellung von Öffentlichkeit durch das Internet verändert hat: 1.) Informationen können an verschiedene Personengruppen gerichtet werden. 2.) Das Internet ermöglicht Interaktivität. 3.) Publizieren mittels des Internets ist kostengünstig und von finanzstarken Personen unabhängig. 4.) Durch das Internet erreicht man auch Personen außerhalb der geographischen Nähe. Zusammenfassend ist mit der Entwicklung des Internets eine Unabhängigkeit der Kommunikation bezüglich Raum und Zeit entstanden (vgl. Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 51), das „Internet schafft Möglichkeiten der Teilhabe über die örtlichen Gegebenheiten hinaus“ (ebenda: 76). Bürgerinnen bzw. Bürger können sich über die räumlichen Grenzen hinwegsetzen, wodurch die Partizipation größerer Gruppen gefördert wird (vgl. Drücke 2013a: 12). McCaughey (2014: 2) bemerkt, dass das Internet (Web 2.0) das Schaffen und Teilen von Inhalten, den ‚Social Movement‘-Aktivismus und das Organisieren erleichtert und unterstützt. Gurak (2014: 16) sieht die Grenzen und die Unterscheidung zwischen regulärem Aktivismus und Cyberaktivismus in Zukunft verschwinden, da soziale Medien immer mehr Teil unseres Alltags – egal ob Beruf oder bei politischen Kampagnen – werden und damit Cyberaktivismus für Gurak bald keine spezielle Kategorie darstellt (vgl. Gurak 2010: 16). Durch Internet und Social Media tauchen neue Akteurinnen und Akteure auf, die neben den klassischen Journalistinnen und Journalisten publizieren, filtern und vermitteln können (vgl. Schmidt 2011: 155). Schmidt definiert ‚Social Media‘ vor allem durch zwei Merkmale, merkt jedoch auch an, dass diese nicht strikt sind. Das erste Merkmal von ‚Social Media‘ ist die Möglichkeit, Inhalte leichter zu veröffentlichen, das zweite Merkmal ist der Austausch mit anderen Userinnen und Usern (vgl. Schmidt 2013: 11). Ferner wird Social Media in unterschiedliche Kategorien wie Netzwerkplattformen wie Facebook, Multimediaplattformen wie YouTube oder SoundCloud, Weblogs, Mikroblogs wie Twitter und als letzte Kategorie Wikis unterteilt (vgl. Schmidt 2013: 11-14).

3.2 Das Internet als Werkzeug der Demokratie

Soziale Medien werden neben lokalen Ortgruppen zum Grundstein zusätzlicher Öffentlichkeiten (vgl. Schmidt 2011: 159). Bürgerinnen und Bürger sind mehr als passive Konsumentinnen bzw. Konsumenten der politischen Beeinflussung oder der Nachrichten der Massenmedien, sondern können selbst Diskurse anfechten, alternative Perspektiven teilen und eigene Meinungen veröffentlichen (vgl. Loader/Mercea 2012: 3). Soziale Medien ermöglichen es – im Gegensatz zu den Massenmedien – neue Techniken zu entwickeln und die momentane politische Situation herauszufordern (vgl. Barassi 2015: 67). Diese neuen Möglichkeiten von Social Media bieten ein neues Potenzial für die Demokratie und die Herstellung von Öffentlichkeiten (vgl. Loader/Mercea 2012: 3). Bürgerinnen und Bürger haben mittels Social Media vereinfachte Möglichkeiten, ihre Meinung diskursiv zu teilen und zu entwickeln, da die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme sowohl zu anderen, als auch zu Politikerinnen und Politikern sinkt (vgl. Pleuger 2012: 72f.).

Allerdings bedingt der Besitz eines Smartphones und der Zugang zum Internet nicht automatisch das Engagement der Bürgerin bzw. des Bürgers (vgl. Loader/Mercea 2012: 3). Schmidt (2011: 160) weist darauf hin, dass für die politische Nutzung von Social Media gleiches gilt wie für das politische ‚Offline‘-Engagement: Personen, die Interesse und Engagement zeigen, werden auch online Mitbürgerinnen und Mitbürger mobilisieren. Prinzipiell gibt es drei Formen der Online-Partizipation: Nutzerinnen und Nutzer können Stellung beziehen, indem sie z.B. an Diskussionen in Foren teilnehmen, zudem können sie seinen Standpunkt ausführlich argumentieren und beispielsweise mit Videos untermauern, sowie andere Mitmenschen aktivieren und gezielt andere durch z.B. Protestschreiben ansprechen (vgl. Schmidt 2011: 162f.). Soziale Medien bieten zwar ein verstärktes Potenzial der Partizipation, jedoch ist der freie Zugang zum Internet nicht immer gegeben, nicht alle Bürgerinnen und Bürger haben die Ressourcen und Möglichkeiten, im Internet zu surfen. (vgl. Pleuger 2012: 73). Damit sind das Internet und spezifisch Soziale Medien zwar ein wichtiges Werkzeug der Demokratie, dieses kann jedoch nicht von jedem genutzt werden. Das Internet als neues Medium und seine Rolle in der Demokratie beziehungsweise zur Herstellung von Öffentlichkeiten wird von verschiedenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlich beurteilt. Habermas sieht dies – wie oben schon erwähnt – kritisch und befürchtet eine Verstärkung der Ungleichheiten und eine Fragmentierung des Publikums (vgl. Drüecke/Klaus 2016: 8). Demirhan und Cakir-Demirhan (2015: 308) kommen zu dem Schluss, dass soziale Medien zwar hegemoniale Diskurse und die vorhandenen Machtbeziehungen der Gesellschaft unterstützen, mittels Gegenöffentlichkeiten jedoch auch die dominanten Diskurse herausgefordert werden können. Andere Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler sehen soziale Ungleich-

heiten durch Zugangsbedingungen gegeben (vgl. Drüecke 2013a: 12). Gleichzeitig wird die Frage nach neuen Partizipations- und Diskussionsmöglichkeiten diskutiert. Einerseits besteht wie bei Habermas Skepsis, andererseits kann das Internet als Chance für die Herausbildung neuer Gegenöffentlichkeiten und Bewegungen wie Occupy gesehen werden (vgl. Drüecke/Klaus 2016: 8f.). Zudem ermöglichen „politische Kommunikationsräume im Internet zwar ein größeres politisches Meinungsspektrum“ (Drüecke/Klaus 2016: 9), aber nicht zugleich einen nachhaltigen demokratischen Diskurs, da auch gegendemokratische oder sehr rechtsextreme Gruppen ihre Meinungen verbreiten können.

3.3 Frauenpolitik im Internet

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Internet neue Gegenöffentlichkeiten fördert. Die Möglichkeiten der Partizipation und der Interaktivität steigen und Informationen sind einem breiteren Kreis zugänglich bzw. sind schneller erreichbar. Das Internet ermöglicht somit eine Bottom-Up-Kommunikation, gleichzeitig werden räumliche und zeitliche Strukturen aufgelöst – Informationen sind überall auf der Welt, zu jeder Zeit zugänglich und neue Informationen werden ständig hochgeladen. All diese neuen Möglichkeiten fördern die Bildung von Gegenöffentlichkeiten im Internet, die Minderheiten einen neuen Raum für Diskurse abseits der hegemonialen Öffentlichkeit bietet. Die vorhandenen Strukturen können herausgefordert und aufgebrochen werden und Informationen und Meinungen können weit gestreut werden. Die verschiedenen Ebenen der Gegenöffentlichkeit sind kommunikative Foren für verschiedene Gruppen, durch das Internet kann ein disperses Publikum und verschiedene Personengruppen bzw. Minderheiten erreicht werden. Durch Social Media sinkt die Hemmschwelle der Kontaktaufnahme und Userinnen und User können leichter aktiv werden als zuvor. Neue Akteurinnen und Akteure – und damit nicht nur klassisch Journalistinnen und Journalisten – können filtern, publizieren und vermitteln. Bürgerinnen und Bürger sind nicht mehr passive Konsumentinnen und Konsumenten, sondern können selbst Diskurse anfechten, alternative Perspektiven teilen und eigene Meinungen veröffentlichen. Diese neuen Möglichkeiten sind neue Chancen für die Demokratie, vor allem im Verständnis der deliberativen Demokratie. Politische Öffentlichkeit kann somit im Internet schneller hergestellt werden.

Das Potenzial ist aber auch kritisch zu sehen: Mit dem mit dem Internet und Social Media steigt nicht automatisch das Engagement, online gilt gleiches wie auch offline: Personen, die (offline) Interesse und Engagement zeigen, werden auch online Mitbürgerinnen bzw. Mitbürger mobilisieren. Zudem ist der freie Zugang zum Internet nicht immer gegeben, was bedeutet, dass soziale Ungleichheiten verstärkt werden können. Das Internet ermöglicht ein größeres politisches Meinungsspektrum, diese Meinungen müssen jedoch nicht automatisch

demokratiefördernd sein. Selbiges gilt auch für antifeministische Stimmen, die sich das Potenzial des Internets und der Gegenöffentlichkeiten zunutze machen.

Vor allem in Bezug auf Frauen-Anliegen haben die genannten Wissenschaftlerinnen festgestellt, dass das Internet und Social Media die Solidarität steigern und zu einem Empowerment führen kann. Frauen sind auf neben einem hegemonialen Diskurs auch zum Teil auf subaltere Gegenöffentlichkeiten, die mittels Internet erzeugt werden können, angewiesen, um ihre Anliegen darzustellen. Durch das Aufkommen von Social Media ist eine feministische Netzkultur entstanden, zahlreiche Foren und Netze ermöglichen Frauen neue kommunikative Orte und Öffentlichkeiten zu schaffen. Feministische Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler gehen meist von mehreren Öffentlichkeiten aus und entwickeln (schon früh) das Konzept der Gegenöffentlichkeit, das sich gegen die Exklusion von Frauen aus der (politischen) Öffentlichkeit richtet. Gender Studies plädieren für einen weiten Politikbegriff und sehen für eine Demokratie auch populäre, nicht politische Kommunikation als wichtig an.

Das Feld der (Gegen-)Öffentlichkeiten ist vor allem in Zusammenhang mit dem Internet und dem Medienwandel ein sehr großes, das noch einige Fragen offenlässt: Wie viel Macht und Sichtbarkeit können die Gegenöffentlichkeiten auf welche Weise erzielen können? Wie schaffen andere Minderheiten Öffentlichkeit? Welchen Anteil haben gegendemokratische oder rassistische Stimmen, die sich das Potenzial des Internets zunutze machen? Durch den rasanten Wandel der Medien, der schnellen Entwicklung von neuen Technologien und der Einführung von neuen sozialen Plattformen stellen sich immer wieder neue Fragen.

4. Konklusion

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Internet neue Gegenöffentlichkeiten fördert. Die Möglichkeiten der Partizipation und der Interaktivität steigen und Informationen sind einem breiteren Kreis zugänglich bzw. sind schneller erreichbar. Das Internet ermöglicht somit eine Bottom-Up-Kommunikation, gleichzeitig werden räumliche und zeitliche Strukturen aufgelöst – Informationen sind überall auf der Welt, zu jeder Zeit zugänglich und neue Informationen werden ständig hochgeladen. All diese neuen Möglichkeiten fördern die Bildung von Gegenöffentlichkeiten im Internet, die Minderheiten einen neuen Raum für Diskurse abseits der hegemonialen Öffentlichkeit bietet. Die vorhandenen Strukturen können herausgefordert und aufgebrochen werden und Informationen und Meinungen können weit gestreut werden. Die verschiedenen Ebenen der Gegenöffentlichkeit sind kommunikative Foren für verschiedene Gruppen, durch das Internet kann ein disperses Publikum und verschiedene Personengruppen bzw. Minderheiten erreicht werden. Durch Social Media sinkt die Hemmschwelle

der Kontaktaufnahme und Userinnen und User können leichter aktiv werden als zuvor. Neue Akteurinnen und Akteure – und damit nicht nur klassisch Journalistinnen und Journalisten – können filtern, publizieren und vermitteln. Bürgerinnen bzw. Bürger sind nicht mehr passive Konsumentinnen und Konsumenten, sondern können selbst Diskurse anfechten, alternative Perspektiven teilen und eigene Meinungen veröffentlichen. Diese neuen Möglichkeiten sind neue Chancen für die Demokratie, vor allem im Verständnis der deliberativen Demokratie. Politische Öffentlichkeit kann somit im Internet schneller hergestellt werden.

Das Potenzial ist aber auch kritisch zu sehen: Mit dem mit dem Internet und Social Media steigt nicht automatisch das Engagement, online gilt gleiches wie auch offline: Personen, die (offline) Interesse und Engagement zeigen, werden auch online Mitbürgerinnen und Mitbürger mobilisieren. Zudem ist der freie Zugang zum Internet nicht immer gegeben, was bedeutet, dass soziale Ungleichheiten verstärkt werden können. Das Internet ermöglicht ein größeres politisches Meinungsspektrum, diese Meinungen müssen jedoch nicht automatisch demokratiefördernd sein. Selbiges gilt auch für antifeministische Stimmen, die sich das Potenzial des Internets und der Gegenöffentlichkeiten zunutze machen.

Vor allem in Bezug auf Frauen-Anliegen haben die genannten Wissenschaftlerinnen festgestellt, dass das Internet und Social Media die Solidarität steigern und zu einem Empowerment führen kann. Frauen sind auf neben einem hegemonialen Diskurs auch zum Teil auf subaltere Gegenöffentlichkeiten, die mittels Internet erzeugt werden können, angewiesen, um ihre Anliegen darzustellen. Durch das Aufkommen von Social Media ist eine feministische Netzkultur entstanden, zahlreiche Foren und Netze ermöglichen Frauen neue kommunikative Orte und Öffentlichkeiten zu schaffen. Feministische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gehen meist von mehreren Öffentlichkeiten aus und entwickeln (schon früh) das Konzept der Gegenöffentlichkeit, das sich gegen die Exklusion von Frauen aus der (politischen) Öffentlichkeit richtet. Gender Studies plädieren für einen weiten Politikbegriff und sehen für eine Demokratie auch populäre, nicht politische Kommunikation als wichtig an.

Das Feld der (Gegen-)Öffentlichkeiten ist vor allem in Zusammenhang mit dem Internet und dem Medienwandel ein sehr großes, das noch einige Fragen offenlässt: Wie viel Macht und Sichtbarkeit können die Gegenöffentlichkeiten auf welche Weise erzielen können? Wie schaffen andere Minderheiten Öffentlichkeit? Welchen Anteil haben gegendemokratische oder rassistische Stimmen, die sich das Potenzial des Internets zunutze machen? Durch den rasanten Wandel der Medien, der schnellen Entwicklung von neuen Technologien und der Einführung von neuen sozialen Plattformen stellen sich immer wieder neue Fragen.

5. Literatur

- Barassi, Veronica (2015): *Activism on the Web. Everyday Struggles against Digital Capitalism*. New York/London: Routledge.
- Carstensen, Tanja (2013): Verhandlungen von Geschlecht und Feminismus im Web 2.0. In: Riegraf, Birgit/Hacker, Hannah/Kahlert, Heike/Liebig, Brigitte/Peitz, Martina/Reitsamer, Rosa (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 112- 127.
- Demirhan, Kawil/Cakir-Demirhan, Derya (2015): Gender & politics: Patriarchal discourse on social media. In: *Public Relations Review*. 41.Jg., H.2. S. 308-310.
- Drüecke, Ricarda/Winker, Gabriele (2005): Neue Öffentlichkeiten durch frauenpolitische internet-Auftritte. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hrsg.): *Virtuelle Räume – Neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet*. Frankfurt: Campus. S. 31-50.
- Drüecke, Ricarda (2013a): *Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit*. Bielefeld: Transcript.
- Drüecke, Ricarda (2013b): Öffentlichkeiten im Umbruch – theoretische Überlegungen zu Online-Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnissen. In: Riegraf, Birgit/Hacker, Hannah/Kahlert, Heike/Liebig, Brigitte/Peitz, Martina/Reitsamer, Rosa (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 92-111.
- Drüecke, Ricarda/Klaus, Elisabeth (2016): *Medien im Spannungsfeld zwischen Kulturindustrie, Neoliberalismus und Medienhandeln. Das Spektrum kritischer Medienanalyse*. In: Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe/Demirovic, Alex/Freytag, Tatjana (Hg.): *Handbuch Kritische Theorie. Band 1: Krisen und Verfallsmomente der Gegenwartsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS. o.S.
- Fraser, Nancy (2001). *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1992): *Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/ Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Traditionen Brüche: Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg/Br.: Kore, S. 201-254.
- Gildemeister, Regine (2010): *Doing Gender*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: VS. S. 137-145.
- Gurak, Laura (2014): *Trust and Internet Activism*. In: Martha McCaughey (Hrsg.): *Cyber-activism on the Participatory Web*. New York/London: Routledge. S. 7-19.
- Habermas, Jürgen (1962). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kampmann, Birgit (2013): *Die Hälfte des Himmels oder das ganze Netz? Frauen im Internet*. In: Kampmann, Birgit/Keller, Bernhard/Knippelmeyer, Michael/Wagner, Frank (Hrsg.): *Die Frauen und das Netz. Angebote und Nutzung aus Genderperspektive*. Wiesbaden: Springer. S.45-68.
- Loader, Brian/Mercea, Dan (2012) *Networking democracy? Social media innovations in participatory politics*. In: Loader, Brian/ Mercea, Dan (Hrsg.): *Social Media and Democracy. Innovations in participatory politics*. London/New York: Routledge.

- Lünenborg, Margreth/Maier, Tanja (2013): Gender Media Studies. Eine Einführung. Konstanz/München: UVK.
- McCaughey, Martha (2014): Introduction. In: Martha McCaughey (Hrsg.): Cyberactivism on the Participatory Web. New York/London: Routledge. S. 1-6.
- Nuernbergk, Christian (2013): Anschlusskommunikation in der Netzwerköffentlichkeit. Ein Inhalts- und netzwerkanalytischer Vergleich der Kommunikation im „Social Web“ zum G8-Gipfel von Heiligendamm. Baden-Baden: Nomos.
- Plake, Klaus/Jansen, Daniel/Schuhmacher, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pleuger, Kristin (2012): Des Bürgers neue Stimme: Möglichkeiten der politischen Partizipation in Social Networks. Marburg: Tectum Verlag.
- Rakow, Lana (1989): Rethinking Gender Research in Communication. In: Journal of Communication, Jg. 36, Nr.4, S. 11-26.
- Schmidt, Jan- Henrik (2013): Social Media. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schmidt, Jan (2011): Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. 2., überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK.
- Strombäck, Jesper (2005): In Search of a Standard: four models of democracy and their normative implications for journalism. Journalism Studies, 6. Jg., H. 3, S. 331-345.
- Valenti, Jessica (2015): Social media is protecting men from periods, breast milk and body hair. Online unter: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2015/mar/30/social-media-protecting-men-periods-breast-milk-body-hair> (1.2.2017).
- Villa, Paula-Irene (2008): (De) Konstruktion und Diskurs-Genealogie: Zur Position und Rezeption von Judith Butler. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS.S. 147- 158.
- West, Candance/Zimmerman, Don (1987): Doing Gender. In: Gender & Society, o.Jg., H.2, S.125-151.
- Windt, Karin (2013): Social Media aus Genderperspektive – Frauen und soziale Netzwerke. In: Kampmann, Birgit/Keller, Bernhard/Knippelmeyer, Michael/Wagner, Frank (Hrsg.): Die Frauen und das Netz. Angebote und Nutzung aus Genderperspektive. Wiesbaden: Springer. S. 121-134.

Kurzbiografie der Autorin



Susanne Kliemann, BA, Masterstudentin der Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Digitale Kommunikationskulturen an der Universität Salzburg.

Kontakt: susanne.kliemann@stud.sbg.ac.at